

Verschlechterung des Betriebsklimas beim Europäischen Patentamt

Verfasst von Richard Yung, Montag 28. November 2016 15:31

Aufgrund der zahlreichen Probleme innerhalb des Europäischen Patentamts (siehe zum Beispiel [Crise ouverte à l'Office européen des brevets](#)) habe ich folgende mündliche Frage eingereicht, die ich auf der Senatssitzung am 21. Februar stellen werde.

Frage Nr. 1578S an den Herrn Wirtschafts- und Finanzminister (veröffentlicht am 01.12.2016)

Herr Richard Yung macht den Herrn Wirtschafts- und Finanzminister auf die Verschlechterung des Betriebsklimas innerhalb des Europäischen Patentamts (EPA) aufmerksam.

Seit 2010 hat das von der Leitung des EPA eingerichtete Reformprogramm zur Einschränkung bestimmter Grundrechte geführt (Einschränkung des Streikrechts; erneute Infragestellung der Vereinigungsfreiheit; Gefährdung des Rechts auf Tarifverhandlungen usw.). Es scheint, dass das EPA die Organisation ist, die am häufigsten vor dem Verwaltungsgericht der Internationalen Arbeitsorganisation verklagt wird. In einem Beschluss vom 17. Februar 2015 hat das Berufungsgericht in Den Haag mehrere von der Leitung des EPA getroffene Maßnahmen als illegal beurteilt. Letztere ist in Berufung gegangen und stützt sich dabei auf die Vollstreckungssimmunität.

Seit Anfang 2016 wurden gegen Gewerkschaftsvertreter mehrere Sanktionen ausgesprochen (drei Entlassungen und eine Degradierung). Außerdem sind derzeit Ermittlungen und Disziplinarverfahren im Gange. Im Übrigen wird das soziale Unbehagen dadurch verstärkt, dass vier EPA-Angestellte im Verlauf der letzten fünf Jahre ihrem Leben ein Ende gesetzt haben. In einer am 16. März 2016 angenommenen Resolution fordert der Verwaltungsrat des EPA den Präsidenten des EPA insbesondere auf, "darauf zu achten, dass Sanktionen und Disziplinarverfahren nicht nur gerecht sind, sondern auch als solche angesehen werden, und die Möglichkeit zu prüfen, sich an eine externe Überprüfungs-, Schiedsgerichts- oder Mediationsstelle zu wenden". Es scheint, dass diese Resolution von der Leitung des EPA nicht wirklich berücksichtigt wurde, die sich damit zufrieden gegeben hat, eine Sozialkonferenz einzuberufen.

Da das reibungslose Funktionieren des EPA eine unverzichtbare Vorbedingung für den Erfolg des Einsatzes des künftigen Einheitspatents ist, stellt er die Frage, welche Lösungen die Regierung durch Vermittlung der französischen Delegation im EPA-Verwaltungsrat vorzuschlagen gedenkt, um die Wiederaufnahme des sozialen Dialogs, die Einführung eines neuen Führungsstils sowie die Überprüfung der Sanktionen zu fördern.